

23. MRZ



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIV/68 - 23. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Wo bleibt das klare Programm des Westens? Nach der Konferenz Eisenhower - Macmillan	40
2 - 3	Zankapfel in Österreich - "Volksaktie" Manöver der ÖVP - Geld von der Industrie für den Wahlkampf	67
4 - 5	Wir brauchen dringend ein Atomgesetz! Notwendige Antwort an Atomminister Professor Balke Von Professor Dr. Ratzel, MdB	86
6	Strontium 90 - am dichtesten in den USA "Schwanengesang sterbender Zivilisation"	53
7	Die Labour-Party und der Deutschland-Plan der SPD Vorbehaltlose Zustimmung	23
7	Die Deutschen Sozialdemokraten sind willkommen Stockholm erwartet europäische Sozialisten	20

* * * *

* * *

Wo bleibt das klare Programm des Westens?

sp - Die Beratungen zwischen Präsident Eisenhower und dem britischen Premierminister Macmillan lassen leider eine entscheidende Frage offen. Niemand konnte erfahren, ob der Westen nach so langem Zögern ein Programm entwickelt hat, das bei kommenden Ost-West-Verhandlungen Anhaltspunkte für eine Entkrampfung der gegenwärtigen internationalen Situation bieten könnte.

Erfreulich ist, daß Eisenhower und Macmillan nunmehr bereit sind, in eine Gipfelkonferenz zu gehen, auch wenn die vorherige Außenministerkonferenz nicht unbedingt positiv verläuft. Es ist gewiß auch nicht zu unterschätzen, daß sich Eisenhower und Macmillan vorsichtig mit jenen Ideen zu beschäftigen scheinen, die heute unter dem Sammelbegriff "Disengagement" in der internationalen Diskussion stehen.

Aber all' das ist sehr vage. Niemand dürfte sich daher wundern, wenn sogar die "New York Times" die westlichen Alliierten auffordert, sich auf ein klares Programm zu einigen, bevor sie sich in ein Gespräch mit Chruschtschow einlassen. Die "New York Times" muß es wissen. Sie hat ausgezeichnete Verbindungen zu amerikanischen Regierungskreisen und wenn schon ein Blatt von ihrer Bedeutung vorsichtig den Mangel an Ideen im Westen andeutet, scheint auf dieser Seite bisher wirklich nicht allzu viel geleistet worden zu sein.

Natürlich erhebt sich die Frage, worauf das Zögern des Westens zurückzuführen ist. In den letzten Tagen hat man von zahlreichen in Bonn akkreditierten ausländischen Journalisten und auch Diplomaten hören können, die westdeutsche Diplomatie sei fieberhaft damit beschäftigt, den westlichen Alliierten "nachzuweisen", wie wenig durch ein "Disengagement" erreicht werden könne.

Über allen Vorbereitungsarbeiten des Westens für die kommende Außenminister- oder Gipfelkonferenz lastet der Bonner Wille zur Erhaltung des Status quo. Das ist schon längst kein Geheimnis mehr. Gerade in diesen Tagen hört man häufiger denn je von westlichen Beobachtern das Wort: "Wir können für die Wiedervereinigung nicht mehr tun, als die Deutschen selbst zu tun bereit sind" ...

Jetzt hat sich auch Pankow, wie zu erwarten war, in dieses traurige Konzert eingeschaltet. Bonn und Pankow sind zur Zeit gleichermaßen bemüht - die einen in Washington, die anderen in Moskau - die Status-quo-Fahne mit wachsender Begeisterung zu schwenken. Politisch leben sie voneinander, die Profiteure der deutschen Spaltung. Logisch ist es, wenn sie bemüht bleiben, jede Annäherung zwischen Ost und West zu verhindern. Täten sie es nicht, sie sägen der Ast ab, auf dem sie sitzen.

Zankapfel in Österreich - "Volksaktie"

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Seit den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1956 war die Ausgabe von "Volksaktien" zwischen den beiden Regierungsparteien am heftigsten umstritten. Erst in letzter Zeit kam es in dieser Frage zu einer Annäherung, doch hielt gerade da es die ÖVP für zweckmässig, die Koalition zu sprengen. Beide Parteien beschuldigen sich jetzt gegenseitig, die gemeinsame Regierungserklärung vom 4. Juli 1956 missachtet zu haben. Die ÖVP wirft der SPÖ vor, sie hätte die Ausgabe von Volksaktien verhindert, und die Sozialisten verweisen darauf, dass die in der Regierungserklärung enthaltenen Beteuerungen über einen ausgeglichenen Staatshaushalt vom ÖVP-Finanzminister nicht beachtet wurden. Ähnlich ist es auch bei dem in der Regierungserklärung vorgesehenen Landwirtschaftsgesetz, das am Widerstand der SPÖ gescheitert sein soll, und bei der ebenfalls vorgesehenen Regelung des Sozialrechts der Landarbeiter, für welche die ÖVP nichts übrig hatte.

In den zahlreichen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre hatte es stets den Anschein, als würden die Volksaktien der Volkspartei ganz besonders am Herzen liegen. Die Gründe hierfür waren offenkundig: Einerseits sollte auf diese Weise eine "kalte Reprivatisierung" der verstaatlichten Betriebe erfolgen, andererseits sollte damit die sogenannte "Diskriminierung der Aktie" beseitigt werden.

Nach Kriegsende hatten beide Parteien den Verstaatlichungsgesetzen vom 26. Juli 1946 und vom 26. März 1947 einhellig zugestimmt, die ÖVP möglicherweise mehr im Hinblick auf die gewaltigen Zerstörungen und auf die Gefahr der sowjetischen Beschlagnahmen und Demontagen, als aus innerer Neigung. Inzwischen wurden die betreffenden Betriebe unter sozialistischer Führung wieder aufgebaut und stellen heute das grösste wirtschaftliche Potential des Landes dar. Auch die verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft hat einer gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. Nun wäre also für den reaktionären Flügel der ÖVP die Zeit gekommen, diese Unternehmungen an das in- und ausländische Kapital zu verschachern.

Was die Diskriminierung der Aktien betrifft, handelt es sich um eine für Aktienbesitzer im allgemeinen aus erklärlichen Gründen als schmerzhaft empfundene Doppelbesteuerung: Bei Gewinnen über 100 000 Schilling werden zum Beispiel 52 Prozent an Körperschaftsteuer und 16 Prozent an Gewerbesteuer abgezogen. Erst vom Rest können, nach Abzug der notwendigen Rücklagen, Tantiemen ausgeschüttet werden, und dafür ist dann noch eine Tantiemensteuer zu bezahlen.

Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Ing. Julius Raab fanden noch zwei Verhandlungen eines parlamentarischen Unterausschusses über die Ausgabe von Volksaktien statt. Gleich zu Beginn der ersten Verhandlung verlangte ein Unternehmervertreter der ÖVP als erstes die Behandlung der Steuerfrage. Abgeordnete der SPÖ entgegneten, dies sei eine Angelegenheit des Koalitionsausschusses und des Finanzministers, weil eine Senkung der Körperschaftsteuer zu einer Gefährdung der Staatsfinanzen führen würde. Der Bundeskanzler stimmte dieser Auffassung der Sozialisten zu. Sodann verlangten die SPÖ-Abgeordneten eine zweifache Sicherung: 1. Die Verankerung der verstaatlichten Industrie in der österreichischen Bundesverfassung, 2. die Bindung der Volksaktie an den inländischen Kleinbesitz. Die ÖVP war bereit, über beides zu verhandeln; ein Kompromiss schien in greifbare Nähe gerückt.

In der kurze Zeit danach stattgefundenen zweiten Sitzung zeigte sich ein ganz anderes Bild: Die ÖVP hatte sich inzwischen dazu entschlossen, die Koalition zu sprengen und war an einem Kompromiss in der für sie sonst so wichtigen Frage der Volksaktien nicht mehr interessiert. Ihre dem "linken Flügel" angehörenden Vertreter in dem erwähnten Unterausschuss wurden zurückgezogen und die Verhandlungen kamen nach sinigem Palaver zum Scheitern. Die ÖVP ging sozusagen wieder "auf Kurs". Sie stellte die Herausgabe der katholischen Monatschrift "Der Aufbruch" ein, die bisher durch ihre gesellschaftskritischen und scheinradikalen Veröffentlichungen des linken Flügel der ÖVP publizistisch vertreten hatte, und piff auch alle ihre "Arbeitervertreter" wieder zur Fahne des Besitzbürgertums zurück. Eingeweichte Kreise erklären sich diese plötzliche Wandlung der ÖVP mit beträchtlichen Geldzuwendungen der Industriellen für die kommenden Wahlen, die von Beweis der verlangten Konsequenz abhängig gemacht wurden.

Wir brauchen dringend ein Atomgesetz !

Von Professor Dr. Ratzel, MdB

"Die Welt" vom 21.3.59 brachte Ausführungen über ein Gespräch mit Bundesatomminister Prof. Balke, in dem dieser heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie richtete, weil sie verlangt hat, daß Grundgesetzergänzung und Atomgesetz zusammen verabschiedet werden sollen. Ich darf zu den Bemerkungen des Ministers einige sachliche Feststellungen treffen:

1. Wenn Minister Balke sagt: "Ein gewisses Maß an Unanständigkeit in der Politik nehme ich hin. Aber jetzt mag ich nicht mehr", so fühlt sich die SPD davon nicht betroffen. Wir haben schließlich am 2. Juli 1957 die Grundgesetzergänzung und samt das Atomgesetz nicht zu Fall gebracht. Es war doch wohl die CDU, die damals ein mit allen Fraktionen - ausgenommen die FDP - getroffenes Abkommen nicht einhielt.

2. Wenn der Minister weiter erklärt: "Ich weiß nicht einmal, ob die Sozialdemokraten eine ausschließlich friedliche Verwendung der Kernenergie in einer deutschen Atomindustrie noch wollen", dann halten wir vorerst diese Entgleisung seinen seit Jahren - allerdings nicht von der SPD - strapazierten Nerven zugute. Sollte Herr Balke bei dieser Behauptung bleiben, dann bedauern wir aufrichtig, daß auch mit ihm eine sachliche Auseinandersetzung nicht mehr möglich ist.

3. Der Initiativgesetzentwurf der SPD auf Ergänzung des Grundgesetzes wurde am 28.11.1957 im Bundestag eingebracht. Er konnte über ein Jahr lang nicht in erster Lesung behandelt werden, weil die CDU und ihre Minister im Kabinett sich nicht einigen konnten. Der Entwurf eines Bundesatomgesetzes wurde von der Bundesregierung erst am 21.1.1959 im Bundestag eingebracht. Beide Oppositionsparteien hatten bereits früher Initiativanträge dem Parlament vorgelegt.

Grundgesetzergänzung und Atomgesetz könnten schon längst verabschiedet sein, wenn Minister Balke sich im Kabinett und in seiner Fraktion durchgesetzt hätte.

4. Auch die Bemerkung "Wenn die SPD glaubt, wir lassen uns wegen ihrer Sperrminorität erpressen, ...", ersuchen wir den Minister, sich in einer ruhigen Stunde noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Ich will hier nur feststellen, daß Erpressungen nicht in dem politischen Instrumentarium der SPD erhalten sind. Zu unseren Gepflogenheiten gehört allerdings Verantwortungsgefühl gegenüber der Bevölkerung.

Dazu einige sachliche Bemerkungen. Auf Drängen der SPD wurde 1957 in die geplante Grundgesetzergänzung auch der Schutz vor ionisierenden Strahlen aufgenommen. Wir erklärten damals der CDU, daß wir nur bei einer solchen Ausweitung des Strahlenschutzes der geplanten Grundgesetzgebung zustimmen könnten. War das vielleicht auch Erpressung? Damals war die CDU gleichfalls auf die Stimmen der SPD angewiesen.

Am 18.3.1959 erklärten Sachverständige vor dem Atom Ausschuss des Bundestages, daß ein solcher umfassender Schutz unumgänglich sei. Sie erklärten weiterhin, daß die Berücksichtigung des Schutzes vor ionisierenden Strahlen im Gesetzentwurf lückenhaft sei. Ja, daß der geplante § 12,

Abs. 2 die Gefahr in sich birge, daß gegen den Willen eines Betroffenen eine Sterilisation vorgenommen werden könne. Ich betone ausdrücklich, daß wir keiner Person eine solche Absicht unterstellen, aber wir möchten sicher sein, daß die Formulierungen des Gesetzes eindeutig sind.

Was die wirtschaftspolitische Konzeption des Atomgesetzes angeht, so sind die gegensätzlichen Auffassungen bekannt. Jedoch möchte ich dem Atomminister sagen, daß es auch zu den guten Gepflogenheiten in der Demokratie gehört, daß man nicht nur diskutiert, sondern auch zur Einsicht und eventuell zu Folgerungen bereit ist. Als Opposition, die wir einen großen Teil unseres Volkes vertreten, sei uns der Einwurf erlaubt, daß in dieser Hinsicht seit 10 Jahren nicht immer zum Besten der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik gehandelt wurde. Wir haben eine solche ernsthafte Bereitschaft bei der Beratung des wichtigen § 7, der die Genehmigung von Anlagen zur Erzeugung oder zur Spaltung von Kernbrennstoffen behandelt, vermisst.

Bei diesen Bestimmungen geht es auch entscheidend um den Gesundheitsschutz und die Sicherheit der Arbeitnehmer und der Bevölkerung.

Hier hat der Bundesrat, der doch über keine SPD-Mehrheit verfügt, vorgeschlagen, daß es heißen soll: "Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn", anstatt "Die Genehmigung ist zu erteilen,"

Obwohl die Bundesregierung sogar dem Vorschlag des Bundesrates zustimmte, stellte die CDU-Mehrheit die alte Formulierung ohne wirklich stichhaltige Argumente wieder her. Es kann heute schon gesagt werden, daß die SPD einer wirtschaftspolitischen Konzeption des Atomgesetzes ihre Zustimmung versagen wird, bei der alle, aber auch wirklich alle Risiken "sozialisiert", bei der sogar der Schutzgedanke dieses Gesetzes einer sonst irgendwo in der Welt vertretenen privatwirtschaftlichen Konzeption auf diesem Gebiet untergeordnet wird, aber alle Vorteile und Gewinne einseitig den Privaten überlassen werden sollen.

Minister Balke mag zur Kenntnis nehmen, daß wir darin mit den verantwortlichen SPD-Ministern in den Ländern einig sind.

Zusammenfassend darf ich sagen: Durch die gemeinsame Verabschiedung des Antrages der SPD auf Ergänzung des Grundgesetzes und des Atomgesetzes tritt keine Verzögerung ein, auch nicht um einen Tag, da alle Schutzmaßnahmen ja erst nach Verabschiedung des Atomgesetzes in Kraft gesetzt werden können. Die Verzögerung dieser Schutzmaßnahmen um mindestens zwei Jahre gehen allein zu Lasten der CDU.

Die SPD wird sich trotz allem von einer konstruktiven Mitarbeit an diesem für den Gesundheitsschutz, für die Sicherheit und für die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes wichtigen Gesetz nicht abhalten lassen. Wir machen Politik nicht aus Verärgerung - dazu hätten wir schon öfters resignieren können -, sondern aus Verantwortung.

Strontium 90 - am dichtesten in den USA

lor - Den Vereinigten Staaten ist vorige Woche ein neuer großer technischer Erfolg gelungen. Sie sandten drei mit Atomsprenghöpfen versehene Raketen in den Weltraum und liessen sie etwa in 450 km Höhe über der Erdoberfläche explodieren. Damit sollte der Beweis erbracht werden, daß es möglich sei, interkontinentale Raketen auf ihrem Fluge durch den Weltraum aufzuhalten und unschädlich zu machen. Außerdem erhofft man sich dadurch eine Störung des feindlichen Radarsystems. Der dritte Vorteil dieses gelungenen Experimentes weit über der Erdoberfläche liegt darin, daß es in der Zukunft nicht ratsam sein wird, bemannte Raketen durch den Weltraum jagen zu lassen, da sie der Vernichtung entgegengehen, ehe sie noch ihr Ziel erreichen. Auf dem Wege zur Raketenbekämpfung ist man also wieder ein gutes Stück weitergekommen.

Besonders entzückt sind amerikanische Militärs über die gelungene Geheimhaltung dieses viele vorbereitende Monate beanspruchende Experiments. Die Sowjetrussen hätten davon überhaupt nichts bemerkt, was wiederum als Beweis dafür gelten müsse, daß man nukleare Testexplosionen veranstalten könne, ohne daß sie auffallen. Aber fallen sie wirklich nicht auf? Die Experimentatoren versicherten der amerikanischen Öffentlichkeit, die durch diese Explosionen ausgelöste gesteigerte Radioaktivität komme überhaupt nicht in Erberührung. Die Warnungen über eine lebensgefährliche Verseuchung der Erdatmosphäre seien also nicht so ernst zu nehmen.

Diese Trostpillen, dazu bestimmt, alarmierte Gewissen wieder einzuschliefen und die Menschheit an das atomare Wettrüsten zu gewöhnen, fanden in den Vereinigten Staaten nicht überall willige Aufnahme.

Wenige Tage nach der Bekanntgabe der gelungenen Versuchsexplosionen im Weltraum machte der amerikanische Senator Anderson die aufsehenerregenden Angaben, das bei Atomexplosionen Freiwerdende hochgradig radioaktive Strontium sinke schneller als erwartet aus der Erdatmosphäre wieder auf die Erde zurück. Stärker als in jedem anderen Teil der Welt leide der nördliche Teil der Vereinigten Staaten unter diesem Niederschlag. Zwei Wissenschaftler nannten den Wettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion den "Schwanengesang" sterbender Zivilisation. "Wir benötigen keine besseren Raketen, um uns alle zu vernichten, die, die wir jetzt besitzen, werden diese Arbeit verrichten".

Seit vielen Monaten verhandeln die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Genf hinter verschlossenen Türen über eine Einstellung der nuklearen Testexplosionen. Sie kamen bisher kaum millimeterweit voran, denn zwischen beiden Mächtigen dieser Erde steht als eine schier unüberwindbare Mauer Furcht und Misstrauen voreinander. Jede Seite fürchtet ein Nachgeben, das zum Vorteil für die andere Seite gereicht. Bei dieser geistigen Einstellung ist ein Ende wohl nicht abzusehen, die Strasse zum Ruin wird weiter beschritten. Militärisch mögen die Vereinigten Staaten um ein Weniges wieder im Vorteil sein, politisch und moralisch sind sie durch diesen militärischen Vorsprung, der eine Eintags-Errungenschaft bleiben dürfte, in schweren Nachteil geraten. Ihre Erfolge auf diesem Gebiete sind begleitet von schwindenden Hoffnungen und vermehrten Ängsten der Menschheit.

Als der bekannte Mainzer Physiker und jetzige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Beckert vor einigen Jahren als erster Deutscher vor der Verseuchung der Erdatmosphäre durch die Fortsetzung der Atomexplosionen warnte, wurde er als ein unbehaglicher Mahner abgetan; der letzte Wotschrei amerikanischer Wissenschaftler beleuchtet den düsteren Hintergrund dieser Warnung.

Vorbehaltlose Zustimmung

sp - Der vorige Woche veröffentlichte Deutschland-Plan der SPD, von den Status-quo-Politikern dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges heftig umstritten, weil mit seiner Verwirklichung Bonn und Pankow als Symbole der deutschen Spaltung überflüssig würden, findet im Ausland starke Beachtung. Die britische Labour-Party hat ihm vortchaltlos zugestimmt; sie sieht in ihm eine logische Ergänzung der von Gaitskell und Bevan schon vor Jahresfrist ausgearbeiteten Pläne über eine militärische Verdünnung Mitteleuropas. Bevan, Außenminister einer künftigen Labour-Regierung, meinte in einem Artikel in der Sonntagszeitung "News of the World", eine sowjetische Zustimmung für die deutsche Wiedervereinigung wäre einige Jahre früher leichter zu erreichen gewesen, aber "diese Jahre sind vertan und vorbei". Jetzt sei nur eine stufenweise Wiedervereinigung über dem Weg eines militärischen Disengagements möglich.

Diese Stimme eines einflußreichen britischen Labour-Politikers, die nicht für sich allein sondern für die ganze britische Labour-Party spricht, ist ein klarer Beweis dafür, wie tief der Deutschland-Plan der SPD die internationale Deutschland-Diskussion schon bereichert und befruchtet hat. Die deutschen Anhänger des Status-quo mögen gegen ihn eifern und wettern wie sie wollen, es wird ihnen nicht gelingen, weder innen- noch außenpolitisch, diesen kühnen Vorstoß der SPD in Schubläden verschwinden zu lassen. Er bleibt auf der Tagesordnung der internationalen Politik.

+ + +

Die Deutschen Sozialdemokraten sind willkommen

ew - Zu den umfangreichen Feierlichkeiten anlässlich des 70. Gründungsjahres der schwedischen Sozialdemokratie, die voraussichtlich am 19. April beginnen, werden Parteifreunde aus der ganzen Welt erwartet. Der Parteisekretär Sven Aspling erklärte vor der Presse in Stockholm, daß man sich besonders auf die Gäste aus der Bundesrepublik freue. Nach Informationen aus Stockholm werden in der schwedischen Hauptstadt Erich Ollenhauer, Herbert Wagner und Ernst Paul erwartet. Der Berliner Bürgermeister Willy Brandt ist ebenfalls eingeladen und hat bereits sein Kommen zugesagt. Den westdeutschen Parteifreunden soll während des Aufenthaltes in Stockholm Gelegenheit gegeben werden, mit Außenminister Osterudén und Ministerpräsident Tage Erlander politische Gespräche zu führen.

Auf der umfangreichen Besuchsliste der in Stockholm erwarteten Gäste (sie ist noch nicht abgeschlossen) wurden vor allem folgende Namen bekannt: Aus Österreich werden Vize-Außenminister Bruno Kreisky und mehrere führende Parteimänner erwartet. Große Delegationen der Labour-Party aus Großbritannien, der französischen Sozialisten und von fast sämtlichen anderen Ländern des europäischen Kontinents haben ihren Besuch zugesagt. Aus den nordischen Nachbarländern werden die Staatsminister mit ihren Ministern in Stockholm weilen.

+ + +